

Weitere Rodungen des Hambacher Forstes für Kohleabbau?

Während die Kohlekommission mit Vertretern der Politik und Energiewirtschaft sowie Umweltschützern und Wissenschaftlern tagt und über einen Ausstieg aus der Kohleverstromung nachdenkt, deren Ergebnis sie Ende Oktober 2018 vorlegen will, versucht der Energiekonzern RWE Fakten zu schaffen, um weiterhin für viele Jahre den Klimakiller Kohle abbauen zu können und mit der Vernichtung der Natur Teile unserer Lebensgrundlagen sowie mit der Abbagerung von Dörfern die Heimat der dort lebenden Menschen zu zerstören. Es ist ein politischer Kampf zwischen einem Großkonzern und führenden Politikern des größten CO₂-Emittenten unter den Bundesländern, Nordrhein-Westfalen (NRW) auf der einen und Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite.

Die Mieterpartei unterstützt die Proteste und Demonstrationen im Hambacher Forst. Hambach, wie das ökologische Wald-Kleinod liebevoll von Braunkohlegegnerinnen und -gegnern sowie deren Unterstützerinnen und Unterstützern genannt wird, befindet sich zwischen Köln und Aachen. 4.100 Hektar war die jetzige Sperrzone vor Beginn der Kohleförderung groß. Es war der größte Wald im Rheinland. Seit 1978 wird er Stück für Stück für den Braunkohletagebau gerodet. Bis dato wurden nach Angaben des Tagebau-Betreibers RWE Power 3.900 Hektar für den Kohleabbau gerodet. Von den verbliebenen 200 Hektar Wald sollen nun noch einmal mehr als 100 Hektar gerodet werden. Das wollen couragierte Menschen verhindern und haben den Wald seit sechs Jahren besetzt.

Das Gebiet ist keine Grünanlage, wo die Bäume wie Soldaten in Reih und Glied stehen, wie wir es von den Brandenburger Kieferforsten her kennen, sondern sie ist ein 12.000 Jahre alter Wald, der sich frei entwickeln konnte. Solche Art Wald gibt es nur noch ein einziges Prozent in Deutschland, was die Bundesregierung anstrebt zu vermehren. Der Umweltverband BUND sieht in dem Waldgebiet die Kriterien eines europäischen Naturschutzgebietes erfüllt und hat Klage für den Erhalt des Forstes erhoben. Urwälder sind ein Hotspot der biologischen Vielfalt, sind daher auszudehnen und keinesfalls zu vernichten. Nahezu jeder Mensch in Deutschland weiß, dass die Biodiversität dramatisch zurückgegangen ist und zumindest aufgehalten oder – besser noch – umgekehrt werden muss. Wie ernst nimmt die Politik das Problem?

Der Hambacher Forst ist ein Wald mit hoher ökologischer Wertigkeit mit bis zu 350 Jahre alten Bäumen. Er beherbergt nach Angaben des BUND unter anderem zwölf Fledermausarten, darunter die streng geschützte Bechsteinfledermaus, insgesamt sind 142 geschützte Arten vorhanden wie Springfrosch und Haselmaus. Bei Rodung des Waldes werden diese Rote-Liste-Arten weiter dezimiert. Die nächtliche Beleuchtung durch die Polizei stört die nachtaktiven Tiere. Auch Dörfer, also die Heimat von Menschen, werden dem Erdboden gleichgemacht und abgebaggert. Da die tote, einige Hundert Meter tief ausgebaggerte Mondlandschaft nach Beendigung der Umweltzerstörung meistens eher – höchstwahrscheinlich mit Steuergeldern – geflutet statt renaturiert wird, wird für die Menschheit Schützens- und Erhaltenswertes für die Gewinnmaximierung eines Unternehmens unwiderbringlich vernichtet und damit verloren.

Nicht nur aus ökologischer Sicht ist das Vorgehen des Konzerns ein Desaster, sondern auch aus klimatologischer. Es geht mit der Rodung der Bäume und anderen Pflanzen Grünvolumen verloren, das dringend zur Kühlung der Luft durch die Verdunstung aus den Blättern sowie der Speicherung des Treibhausgases CO₂ durch das Holz der Stämme und Äste sowie dem Humus des Waldbodens benötigt wird. Auch Versickerungsflächen zur Auffüllung von Grundwasserkörpern verschwinden. Ein Tagebau kann sogar den gesamten Wasserhaushalt einer Region durcheinanderbringen; denn eindringendes Grundwasser in den Tagebau wird abgepumpt, so dass der Wasserspiegel in der Umgebung sinkt. So kann zum Beispiel das bisherige Bewässerungskonzept der Landwirtschaft ad absurdum geführt werden. In Berlin führt der Braunkohletagebau in der Lausitz sogar dazu, dass das Trinkwasser für die Stadt durch Verockerung vergiftet wird.

Jeder Mensch, der sein Vorhaben verwirklicht, muss auch für die Schäden aufkommen, die er damit beabsichtigt oder unbeabsichtigt anrichtet. Ein Großkonzern muss darüber nach heutiger Politik überhaupt nicht nachdenken. Die Allgemeinheit kann zusehen, wie sie mit Gesundheits- und Umweltschäden zurechtkommt. Es darf nicht sein, dass derartige Kosten sozialisiert werden, während ein Unternehmen Milliarden Einnahmen seinem Tun verdankt.

Das Vorgehen von RWE sowie dessen Unterstützung durch die NRW-Landesregierung verstößt gegen den globalen Pakt für die Umwelt. In Artikel 4 – Intergenerationelle Gleichheit – ist geregelt, dass die heutigen Generationen sicherstellen, dass ihre Entscheidungen und Handlungen die Fähigkeit der Umwelt, auch die Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu erfüllen, nicht beeinträchtigen. Artikel 1 sichert jeder Person das Recht auf ein Leben in einer ökologisch intakten Umwelt, die ihrer Gesundheit und Wohlbefinden sowie ihrer Würde und Kultur angemessen ist. Artikel 11 verlangt die Umweltgerechtigkeit, also die Möglichkeit, dass jede Person in die Lage versetzt wird, Umweltverstöße ahnden lassen zu können.

Im Inneren des Hambacher Forstes

Gegen den fortschreitenden Abbau des Hambacher Forstes wenden sich Umweltverbände wie Greenpeace und BUND, evangelische, katholische und lokale Interessengruppen und Aktivisten sowie Familien und alte und junge Bürger.

Der Hambacher Forst wird schon seit sechs Jahren von Umweltaktivisten in selbst gezimmerten circa 55 Baumhäusern in bis zu 25 Metern Höhe und in Erdhöhlen bewohnt, wo jetzt NRW-Politiker den fehlenden Brandschutz und fehlende Rettungsleitern bemerken und eine akute Gefahr für Leib und Leben der Waldbewohnerinnen und -bewohner befürchten. Darum soll geräumt werden, was der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) NRW als „eine krasse politische Fehlentscheidung“ [Wikipedia] einstuft. Die Häuser stehen in Gruppen, die wie eine Ansammlung von Häusern in einem Dorf Namen wie Oaktown, Beechtown, Gallien und Cosytown haben. Damit protestieren die Menschen dagegen, dass der Energiekonzern RWE weite Teile des Forstes für die Braunkohleförderung abholzen will. Diese 140 Jahre alte Art der Energiegewinnung aus fossilen Rohstoffen wird als Dinosauriertechnologie bezeichnet und gehört angesichts der Klimaproblematik, wozu der Braunkohletagebau einen großen Beitrag leistet, ins Museum. Erneuerbare Energien sind im Vormarsch und müssen durch die Politik vorangetrieben werden.

Aus Sicht von RWE muss der Hambacher Forst abgeholzt werden, um die Stromproduktion in den Braunkohlekraftwerken zu sichern. Nach Berechnungen des BUND „könnte RWE auch ohne die Rodung noch jahrelang genug Braunkohle in den Tagebauen Hambach und Garzweiler abbauen, um seine Kraftwerke am Laufen zu halten“ [Offener Brief von Betroffenen, Initiativen und Verbänden aus dem rheinischen Braunkohlerevier, 18.8.2018]. Und nicht nur das: Der Strom wird in Deutschland gar nicht gebraucht, sondern eher für den Export.

RWE darf mit Unterstützung der in Übermacht erschienenen Polizei, die in Amtshilfe tätig wird, mit zeitweise mehr als 4.000 Polizistinnen und Polizisten – auch aus anderen Bundesländern – die Rodung des Waldes vorbereiten. Nach Schätzungen der Polizeigewerkschaft (GdP) kostet der Einsatz einen zweistelligen Millionenbetrag, eine Hundertschaft mit 130 Polizisten pro Tag circa 100.000 Euro. Um den Sicherheitsbereich durchzusetzen, bilden behelms Polizisten eine Sicherheitskette und lassen „die – laut Polizei von RWE – beauftragten Sicherheitskräfte daran arbeiten, Menschen zu 'räumen'“ [taz vom 22./23.9.2018]. Bei der Anlegung von Schneisen für die schweren Fahrzeuge werden – gesetzeswidrig – bereits u.a. alte Buchen vor dem 1. Oktober gefällt, was die Baumschutzverordnung verbietet.

Im Wald geht es fast wie im Krieg zu. Räumgeräte, Hebebühnen und Kettensägen von Fraport

zerstören Baumhäuser, deren kreischenden und heulenden Lärm Musikerinnen und Musiker mit Cellomusik oder mit ihrer Geige und Querflöte begleiten. Auf einen suizidgefährdeten jungen Mann, wo Ruhe vonnöten wäre, wird keine Rücksicht genommen. In dessen unmittelbarer Nähe wird rücksichtslos ein Baumhaus mit viel Geknall und Geratter abgerissen. Die Polizei, die versucht, die Braunkohlegegnerinnen und -gegner zu kriminalisieren und den gesellschaftlichen Protest für den Erhalt des Waldes zu delegitimieren und zu schwächen, nimmt Aktivistinnen und Aktivisten fest, wenn sie sich von den Bäumen herunterwagen. Dabei konfisziert sie „routinemäßig“ das Klettergeschirr. Das führt dazu, dass viele Baumhausbewohnerinnen und -bewohner ungesichert in der luftigen Höhe der Baumkronen herumlaufen.

Die rüde räumende Polizei und das RWE-Personal werden von Baumbewohnern darauf hingewiesen, dass sie Menschen gefährden, da sich auch Mitstreiter im Boden aufhalten und akute Einsturzgefahr droht. Trotzdem wird schweres Gerät eingesetzt, und die bis auf geworfenen Fäkalienbeutel auf die Staatsgewalt friedlichen Bewohnerinnen und Bewohner des Baumdorfes Oaktown werden obdachlos. Viele finden freundliche Aufnahme im Dorf Beechtown, das nun überfüllt ist. Andere Baumverteidiger sind höher in die Baumkronen gezogen. Die Räumungen werden von Protesten und Demonstrationen mit bis zu 14.000 Menschen, Familien mit Kindern, alte und junge, teilweise mit Bäumchen zum Einpflanzen, bedroht mit polizeilichem Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken, begleitet. „Hambi bleibt!“, verlangen lautstark die Menschen. 39 der um die 50 Baumhäuser sind am siebenten Tag der Polizeigewalt geräumt, wenigstens fünf Demonstranten vorläufig festgenommen und 31 oder mehr Menschen in polizeiliches Gewahrsam genommen worden. Bei über 300 Personen wurde deren Identität registriert und ebenfalls über 300 Menschen bekamen einen Platzverweis.

Da geschah im Hambi das Erschütternde am Mittwoch, dem 19. September 2018, um 15.46 Uhr: Ein junger Mann, Steffen Meyn, war über eine Hängebrücke in dem überfüllten Baumkronendorf Beechtown gerannt, um die Festnahme einer Aktivistin durch die Polizei fotografisch zu dokumentieren. Er brach wahrscheinlich durch die Brücke durch und fiel aus etwa 15 bis 20 Meter Höhe, also etwa aus dem vierten Stock eines Mehrfamilienhauses, zu Boden und verletzte sich tödlich. Auch die sofortige Hilfe durch Sanitäter der Polizei hatte nicht sein Leben erhalten können. Der Polizeisprecher betonte: Zur Zeit des Unglücks "fanden keine polizeilichen Maßnahmen in der Nähe der Unglücksstelle und am genannten Baumhaus statt". Der Innenminister Nordrhein-Westfalens, Herbert Reul, CDU, gibt später bekannt, dass die Räumung „bis auf Weiteres“ ausgesetzt werde, weil man „jetzt nicht so einfach weitermachen“ könne. Und weiter: Es gehe jetzt um die Aufarbeitung des Unglücks, „alles andere ist nebensächlich“ (SZ, 20.9.2018). Waldbewohnerinnen und -bewohner sowie Tausende Unterstützerinnen und Unterstützer sind erschüttert über den Tod des Aktivisten. Sie fordern ein Ende der gefährlichen Einsätze von RWE und der Polizei.

Zwei Tage nach dem Tod des Journalisten rücken die Räummaschinen wieder in der Nähe der Waldbesitzerinnen und -besitzer an. Für zwei Tage wurde das grobe Vorgehen von RWE-Mitarbeitern und der Polizei ausgesetzt. Reicht das für die Pietät? Ist das nicht nur ein Feigenblatt, um Macht und Geldgier als Leitmotive des Großkonzerns und der heutigen Politik zu kaschieren? Geht die wirtschaftliche Rendite in einem demokratischen Staat wie die Bundesrepublik Deutschland über Leichen? Oder ist Deutschland auf dem Weg zu einem totalitären Staat à la DDR? - Für Sonntag, den 23. September 2018, ist ein Waldspaziergang durch den Hambi zum Gedenken des tödlich verunglückten Journalisten angesetzt. Auch die Mieterpartei gedenkt dem engagierten Menschen, der nicht mehr unter uns weilt.

Resümee

Hambi, der Hambacher Forst, „gilt als Symbol des Widerstands gegen Kohleverbrennung und

Klimabelastung" [Tsp, 20.9.2018]. Zu Recht: Abgesehen von der ökologischen Katastrophe, die das halsstarrige Unternehmen RWE mit der Art seiner Energiegewinnung für Kohleverstromung heraufbeschwört, muss man auch die Klimabilanz betrachten: Das Holz der Bäume sowie der Humus des Waldbodens sind CO₂-Speicher. Deren Zerstörung setzt das gespeicherte CO₂ frei und heizt somit das Klima an. Zusätzlich heizt die aus dem Umweltfrevel gewonne Kohle und ihre Verstromung das Klima auf. Das Ergebnis ist CO₂-Erzeugung in Potenz, was das Erdklima weiter aufheizt und wofür die jetzige Regionalpolitik blind zu sein scheint. Das Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, scheint kaum erreichbar.

Daher fordert die Mieterpartei, dass die Abholzung des Hambacher Forstes sofort gestoppt wird und der gesundheitsfördernde Wald dauerhaft unter Schutz gestellt wird. Die Braunkohle muss im Boden bleiben! Der Wald hat ökologischen, klimatologischen und ethischen, u.a. theologischen Wert, den es zu erhalten gilt! In allen Religionen und in der griechischen Mythologie war die Heiligkeit der Natur weltweit verbreitet, was durch die griechische Philosophie und dem Monotheismus beendet wurde. Trotzdem ist hierzulande der Wald „auf das Engste mit dem Mythos einer deutschen Nation verbunden" [SZ, 22./23.9.2018]. Die Deutschen sind ihren Wäldern eng verbunden.

Laut Artikel 20 a Grundgesetz hat der Staat „auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen" zu schützen, also Landschaft, Umwelt und Natur und nicht große Konzerne.

Der Hambacher Forst ist nicht der einzige Ort, wo sich Widerstand gegen Waldvernichtung regt. Vor 100 Jahren haben Berlinerinnen und Berliner den Dauerwaldvertrag durchgesetzt, der dafür gesorgt hat, dass die grüne Lunge der Stadt, der Grunewald, noch erhalten ist. Konflikte zwischen Staatsgewalt und Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland gibt es auch im Treburer Wald bei Frankfurt am Main und bei dem Bahnprojekt Stuttgart 21, wo um den Erhalt von 176 Bäumen im Schlosspark gestritten wurde. Bei den Auseinandersetzungen hat ein Mann durch einen Wasserwerfer der Polizei ein Auge verloren.

Soll der Hambacher Forst für eine Energietechnik ohne Zukunft sterben? Sollen Buchen, Stieleichen, Hainbuchen und Winterlinden für den Profit eines Konzerns gerodet werden? Muss eine Museumstechnik heute noch politisch unterstützt und sogar subventioniert werden, wenn es Alternativen gibt? Darf ein Konzern mit Unterstützung der Politik den Klimawandel vorantreiben? Warum wird Klientel-Protégierung betrieben? Darf Eigennutz vor Verantwortung stehen? Der Schutz des Klimas und die Zukunft kommender Generationen dürfen nicht dem Profitstreben einzelner Unternehmen geopfert werden. Eine solche Politik lehnt die Mieterpartei ab, die aus einem Zusammenschluss von Bürgerinitiativen entstanden ist. Sie will Politik für die Menschen machen! Machen Sie mit und unterstützen Sie die Mieterpartei!

Berlin, den 24 . September 2018
Angelika Paul